

**17. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des
Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs,
Den Haag, 5.-12. Dezember 2018; österreichische Delegation**

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Voraussichtlich von 5. bis 12. Dezember 2018 wird in Den Haag die 17. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS (BGBl. III Nr. 180/2002 idF BGBl. III Nr. 95/2015 und BGBl. III Nr. 96/2015) stattfinden.

Bei dieser Tagung findet neben der jährlichen Generaldebatte über die Arbeit des IStGH und Plenardebatten zu den Themen Kooperation, 20. Jahrestag des RS und Teilnahme von Opfern an Verfahren vor dem IStGH insbesondere die Wahl eines Vizepräsidenten/in sowie eines Mitglieds des Büros der Vertragsstaatenversammlung sowie die Wahl der Mitglieder des Beratenden Ausschusses für Nominierungen und des Aufsichtsgremiums des Opfertreuhandfonds statt.

Die aktive Teilnahme der österreichischen Delegation an den Sitzungen der 17. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des RS des IStGH ist angesichts der Rolle Österreichs als EU Ratspräsidentschaft und im Lichte der besonderen Bedeutung des 20. Jubiläums des RS sowie der aktuellen Herausforderungen für den IStGH, insbesondere im Bereich der Zusammenarbeit sowie aufgrund der kritischen Haltung der USA gegenüber dem Gerichtshof, besonders wichtig.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafterin Dr. Heidemaria Gürer Delegationsleiterin	Österreichische Botschafterin in den Niederlanden
Gesandter Mag. Dr. Konrad Bühler Stv. Delegationsleiter	Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
Gesandter Mag. Gerhard Eisl, M.A.	Österreichische Botschaft Den Haag
Botschaftsrätin Mag. Nadia Kalb, LL.M.	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Mag. Katharina Kofler	Österreichische Botschaft Den Haag

Mag. Pia Niederdorfer

Bundesministerium für Europa,
Integration und Äußeres

Dr. Astrid Reisinger-Coracini

Universität Wien

Die erforderlichen Reisekosten finden im Budget des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres ihre Deckung. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz stelle ich daher den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 17. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

Wien, 27. November 2018

KNEISSL